

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 42 (1962-1963)
Heft: 6

Rubrik: Rundschau

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 04.12.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

RUNDSCHAU

KENNEDY UND DIE ATLANTISCHE ALLIANZ

Der *Präsident der USA*, Staatsoberhaupt und Regierungschef in einem, bestimmt auch die militärische Strategie seines Landes und entscheidet in schicksalsschweren Augenblicken über Krieg und Frieden. Aus diesen Gründen wird jede wichtige Umbesetzung der höchsten militärischen Kommandos durch den Präsidenten auch danach beurteilt, ob sie eine Änderung der Strategie darstelle. Der Rücktritt General *Norstads*, Oberbefehlshaber der amerikanischen Truppen in Europa und der gesamten NATO-Truppen, hat darum im Juli in Europa, besonders in Westdeutschland, beunruhigte Spekulationen der Presse ausgelöst. Die Ernennung General *Lemnitzers* zum Nachfolger *Norstads*, vor allem aber die Ernennung General *Taylor's* zum Vorsitzenden der «Joint Chiefs of Staff» in Washington spielten in alarmierenden Berichten und Interpretationen eine große Rolle. Kernfrage war, ob Kennedy die Doktrin der amerikanischen und atlantischen Verteidigung von Grund auf geändert habe.

Der Rücktritt Norstads

Norstad, seit November 1956 oberster Heerführer des Atlantikpakts, erfuhr in seinen Pariser Jahren, daß mit dem wirtschaftlichen Wiedererstarken Westeuropas auch das Selbstbewußtsein der Staaten und damit die zentrifugalen Kräfte stärker wurden. *De Gaulles* ehrgeizige Projekte für eine französische Atomstreitkraft (*Force de frappe*) und für ein Dreierdirektorium der NATO insbesondere wirkten lähmend auf die politisch-militärische Zusammenarbeit in der NATO. Doch für den frühzeitigen

Rücktritt des erst 55jährigen *Norstad* war der fehlende Rückhalt in Washington entscheidend: der General trat seit Jahren für den Aufbau einer *Atomstreitmacht der NATO* ein, für die auch der westdeutsche Verteidigungsminister *Strauß* eifrig warb. Die Administration *Kennedy* aber hat diesen *Norstad*-Plan revidiert: die Atomwaffen sollen als Element der *nationalen* Verteidigung den Streitkräften der NATO zukommen und so nicht direkt dem atlantischen Bündnis unterstellt werden. Washington ist gegen die NATO als «vierte Atommacht». Ein Experte wie *Henry A. Kissinger*, Berater *Kennedys*, erklärt etwa, daß auch das amerikanische Angebot mit «*Polaris*»-Unterseebooten für die NATO nie als Hinweis auf gemeinsame Kontrolle von Atomwaffen gemeint gewesen sei, sondern als Symbol der amerikanischen Verpflichtung dem NATO-Bündnis gegenüber (vgl. *Problems of European Defense, Foreign Affairs*, July 1962, S. 533). Die Akzente haben sich seit der Administration *Eisenhower* verschoben. Die Stichworte heißen heute Partnerschaft, auch multilateraler Besitz und multilaterales Kontrollsystem für Atomwaffen — Anzeichen einer Konzeption, die entschiedener die nationalen Interessen vertritt, im Umgang mit den Alliierten sich aber eher intervenierend denn konsultierend gibt.

Anstelle des enttäuschten *Norstad* tritt nun General *Lemnitzer*, der mit seinen 63 Jahren schon nahe dem Ruhestand ist. Es handelt sich um eine *Übergangslösung* des Weißen Hauses. *Lemnitzer* macht durch seinen Wechsel von Washington nach Paris aber den Vorsitz der «Joint Chiefs of Staff» für General *Taylor* frei.

Taylor's «*Uncertain Trumpet*»

General Taylor hatte im Gegensatz zur Strategie der Ära Eisenhower gestanden und war so in den Ruhestand gedrängt worden. In seinem Buch *The Uncertain Trumpet* unterzog er die Strategie der massiven Abschreckung einer Kritik. Die gefährliche Alternative Kapitulation — totaler Nuklearkrieg sollte vermieden werden, indem man mit konventionellen Streitkräften und taktischen Atomwaffen einen begrenzten Krieg zu führen vermag. Nur mit dem Konzept der *abgestuften Abschreckung*, der *flexiblen Reaktion* kann man allen östlichen Offensiven begegnen. Mit der Ernennung Taylors, der bereits Kennedys Militärberater war, zum Chef der vereinigten Generalstäbe, wurde man verleitet, Taylors heutige Auffassung mit seiner früheren These gleichzusetzen. Das Gespenst eines «atomaren Disengagement» in Europa tauchte auf. Erklärungen Taylors haben aber gezeigt, daß die *Kontinuität* der amerikanischen Strategie gewahrt wird und daß im Sinne des NATO-Bündnisses Amerika auch in Westeuropa seine militärischen Verpflichtungen erfüllen will. Im Pentagon seinerseits haben die Gedankengänge der gestuften Abschreckung längst Eingang gefunden, und der hervorragende General Norstad bereitete die europäischen Partner seit langem mit diplomatischem Geschick auf die neue Situation vor — hatte er doch seine liebe Mühe, das europäische Potential an konventionellen Streitkräften zu verstärken. Die Dramatisierung der Neuernennungen hat das Bild von den Wandlungen der Strategie verzerrt, auch wenn man die andauernde Krise um das Problem der Kontrolle der Atomwaffen ernst nimmt.

Ungewißheit um Algerien

Der Übergang der algerischen Nationalisten aus dem Untergrund in die politische Öffentlichkeit führte zum traurigen Schauspiel des *Machtkampfes* zwischen den Führern. Wie er auf die Algerier selber wirkte, schildert der nachfolgende Bericht. Anfang

August ist nun eine *provisorische Einigung* erzielt worden, welche die Durchführung der *Wahlen am 2. September*, vor allem aber den Rückweg zu einem normalen wirtschaftlichen Leben ermöglichen sollte. *Ben Bella* ging als Sieger aus dem Kampf hervor, während die provisorische Regierung mit Ben Khedda an der Spitze entmachtete wurde. Trotz dieses Sieges bereitete es Ben Bella Mühe, mit den Chefs einiger Wilayas zu einer Einigung über die Kandidatenliste für die Wahlen in die Konstituante zu kommen. Zwischen politischer und militärischer Macht bestehen Spannungen, und der Aufbau staatlicher Institutionen steht noch ganz am Anfang.

Das Ende Niederländisch-Neuguineas

Der schwierige Prozeß der Entkolonisierung, in Algerien mit einem blutigen Konflikt verknüpft, setzt nun dem letzten Stück Herrschaft der Niederlande in Südostasien ein Ende. West-Neuguinea, Überbleibsel Niederländisch-Indiens, soll im Laufe des nächsten Jahres an Indonesien übergehen. Der Streit zwischen Den Haag und Djakarta findet damit einen Abschluß, der die Holländer mit *Bitterkeit* erfüllt. Sie hatten für die primitiven *Papua-Stämme* auf der Insel mit großen Kosten ein Entwicklungswerk in Gang gesetzt, dessen Weiterführung nun gefährdet, ja unwahrscheinlich ist. *Sukarno*, der mit nationalistischen Parolen und mit der Landung von Fallschirmjägern eigentlich die Übergabe erzwang, ist mit seinem von Mißwirtschaft geplagten Inselreich nicht in der Lage, ein Hilfsprogramm für die Urwaldleute auf Neuguinea weiterzuführen.

Bitterer als die Intransigenz des indonesischen Gegenspielers empfinden die Holländer jedoch die *Haltung Washingtons*. Der amerikanische Diplomat *Ellsworth Bunker*, der als Vermittler wirkte, hat im Auftrag seiner Regierung starken Druck auf die niederländischen Unterhändler ausgeübt. Auch die Indonesien stützende Politik des amtierenden UN-Generalsekretärs *U Thant* löste in Holland Erbitterung aus. Die USA machten bei dem Versuch, den sowjetischen

Einfluß in Djakarta weiterhin einzudämmen, Konzessionen an den indonesischen Nationalismus. Opfer des kalten Krieges an der südostasiatischen Front sind die Niederlande, die allerdings nach dem Urteil niederländischer Beobachter oft ungeschickt operierten und auch die Zeichen der Zeit nicht zu lesen verstanden. Der niederländische Außenminister *Luns* gab in einem Radio-interview einen Tag nach der Unterzeichnung des niederländisch-indonesischen Ab-

kommens — sie fand im Generalsekretariat der UN in New York statt — seiner Verstimmlung über die Haltung der USA, Hollands NATO-Alliierten, deutlichen Ausdruck¹.

Picus

¹ Vgl. «Hollands Trauertag», Basler Nachrichten 17. 8. 62 Morgenblatt Nr. 345. Redaktion.

ZWIST UNTER DEN ALGERISCHEN NATIONALISTEN

Angesichts der Einigung zwischen den algerischen Führern ist der nachfolgende Augenzeugenbericht aus Oran und Tlemcen von Ende Juli zum Teil überholt; das Bild der fiebrigen Julitage in Westalgerien und die Hinweise auf die komplexen Ursachen des Zerwürfnisses sind aber auch beim heutigen Stand der Dinge noch von großem Interesse.

Die Redaktion

Nun hat man sich doch ins Siegen verstrickt, und kaum einer weiß eigentlich, wie es dazu kam. *Ben Bella* zieht im Triumphzug von Marokko durch seine Geburtsstadt Marnia in Tlemcen und Oran ein — Tlemcen, woselbst er schon 1947 als Fußballspieler die Nationalflagge öffentlich geschwungen haben soll, und Oran, dessen Hauptpost er 1949 als Chef einer Terrororganisation überfiel, um ihre Kasse der Nationalistenpartei MTLD zuzuführen. Es ist zugleich die erste Stadt, die ihn ins Gefängnis setzte und damit das Fundament seines Aufstiegs zum Märtyrer und Nationalhelden legte.

Regierungschef *Ben Kbedda*, seinem Gegenspieler und Vorgesetzten, bleibt für die Gegendemonstration keine große Wahl. Es scheint, daß Kabylien das einzige noch eindeutig ihm ergebene der sechs Wilayas ist, in die Algerien 1956 durch die Befreiungsarmee (ALN) politisch-militärisch gegliedert wurde.

Man liebt in arabischen Ländern Bezugnahmen auf die Geschichte. So wurde zum

offiziellen Tag der Befreiung nicht der 1. Juli des Referendums, nicht der 3. mit der Rückkehr der Exilregierung GPRA, sondern der 5. Juli erklärt, jener Tag, an dem 1830 die Landung der Franzosen bei Algier die rund 300 Jahre Fremdherrschaft der türkischen Glaubensbrüder durch die ungleich fremdere der französischen Zivilisation abgelöst wurden. Dennoch waren die Freudenausbrüche in der Sonntagnacht zum 2. Juli hinreißender als die Demonstration am 5. Juli.

Offiziell ändert sich wenig: die französische Armee stellte mit den ihr angegliederten Polizeitruppen, darunter der durch Evian geschaffenen Polizei, weiterhin die Ordnungsmacht. Die französische Administration, soweit sie da blieb, saß lustlos die unbestimmte Zahl letzter Arbeitsstunden ab und träumte vom Urlaub in der Metropole nach der Wachtablösung. Die Zerstörung der Telefonzentrale in Oran, eine der letzten Taten der OAS, hatte ganz Westalgerien der Zivilverbindung mit der Zentrale in Rocher Noir beraubt. In *Oran* selbst, Algeriens einziger Stadt mit vorherrschend europäischer Bevölkerung, bestimmten Straßensperren und spanische Reiter, Sandsäcke und verkohlende Abfallhaufen weiterhin das Bild des entleerten Zentrums. Fenster und Türen blieben verschlossen. Die letzten Mobilmachungsbefehle der OAS, heimtückische Mischungen aus Drohung und Versprechen, kleben an blinden Häusermauern. Und Schlagworte:

OAS — gedeutet als *Ordre, Avenir, Sécurité*; OAS = Paix. Daneben Trümmer und ausgebrannte Wohnungen. Kaum ein Auto in den Straßen, aber verwilderte Katzen und Hunde, die an den Abfällen zerren. Unheimlich ausgestorbenes Dunkel in den Randvierteln, weil die Straßenbeleuchtung versagt. Das Schlagwort «OAS wacht» und ein riesiges Auge daneben. Das *Algerierviertel* dagegen vollgestopft mit Transparenten, Girlanden, Siegespalmen. Die Menschen ein einziger Sprechchor: «Ruhm unsern Märtyrern», «Ruhm Algerien» wird geschrien, geklatscht, auf Tische, Stuhlflächen und Autos gehämmert und, wo noch ein Wagen fahren kann, gehupt. Und zwischen allem die *grün-weiße Fahne* mit rotem Halbmond und Stern. Es ist die Fahne der Revolution, des Maquis, des zivilen Widerstandes. Überall kehren ihre Farben wieder — auf Lampen, Plakaten und Krawatten. Die Kleinen tragen sie selbstbewußt als Kostüm.

In den Kater des Montag platzte die Bombe: Ein Dekret Ben Kheddas, des Ministerpräsidenten der GPRA, entthob den *Generalstab* der ALN seiner Funktion und degradierte «wegen verbrecherischer Handlungen» namentlich, außer Oberst *Boumedienne*, die Majore *Slimane* und *Mendjli*.

Man muß die Ekstase gesehen haben, die die ersten ausgemergelt heimkehrenden Kämpfer in der Festnacht in Oran etwa entfesselt hatten, um zu begreifen, wie ungeheuer diese Maßnahme einschlug. «ALN — Garant der Revolution», «ALN verfehlt niemals ihre Aufgabe», so schreit es noch von den Wänden und Spruchbändern. Die Tat war so vermessen, daß niemand in ihr einen politischen Schachzug im Ringen um die künftige Gewalt im Lande zu vermuten wagte. Der Schock ließ nur eine Reaktion: die gemäßregelten Offiziere mußten sich gegen die Revolution versündigt haben. Gerade Bewunderer der ALN priesen mit Eifer: Ja, man stelle sich gegen jeden Personenkult; die Führer kommen und gehen; die ALN bleibt bestehen. Daß Kommandant Slimane, intern bekannt als Verfasser brillanter Memoranden, auf einer Inspektionsreise im Constantinois festgesetzt worden war, sickerte nur allmählich durch; bereits

zwei Tage vor seiner Entsetzung sei dies geschehen.

Noch unglaublicher wirkte die Nachricht vom Hausarrest der Nationalheldin *Djamila Bouhired*, deren Folterung im Sondergefängnis der Fallschirmjäger 1960 die europäischen Intellektuellen zu Protesten veranlaßt hatte. Die Armee blieb stumm. Aber es geschah etwas: die Gesichter waren angespannt und verschlossen, die Nächte voll Lastwagengebrumm. In Oran mehrten sich die ALN-Truppen von Nacht zu Nacht. Rückführung aus Marokko und dem Süden, hieß es. Der Krieg war schließlich zu Ende, aber man zog auch neu Terroristen und alte Militante ein. Die Menschenschlächterei des 5. Juli im Europäerviertel Orans hatte Gründe. Schließlich wurde die in Evian der französischen Armee unterstellte und voll ausgerüstete algerische «Force locale» im Handstreich der ALN eingegliedert. Dann ging mit einem Appell das Generalkommando des Wilaya V (Oranie), das schon durch seine Größe, mehr noch durch die Tradition seiner Führer eine Vormachtstellung errungen hatte, offen zum Gegenangriff über. «Einige Minister» — das heißt Ben Khedda, Belkacem Krim, Boudiaf u. a. — werden bezichtigt, sich den Entscheidungen des *Nationalen Algerischen Revolutionsrates* (CNRA) als höchster Instanz der Revolution und souveräner Volksversammlung in Tripoli durch Flucht entzogen zu haben, und zwar um das bereits mit großer Mehrheit angenommene Programm des FLN und die Ernennung seines Politischen Bureaus zu sabotieren. Mit dem überstürzten Einzug in Algier hätten sie sowohl gegen die Verträge von Evian wie gegen die Weisung des CNRA verstoßen, daß das GPRA nur geschlossen zurückkehren solle. Ein unverzüglicher Zusammentritt des CNRA im Innern des Landes dränge sich auf.

Die gleichzeitige Besetzung des Gebäudes der algerischen Mission in Rabat durch schwer bewaffnete ALN-Kommandos aus Oujda in der Nacht zum 6. Juli ließ diese Mäßigung jedoch belanglos erscheinen und eine geplante Aktion vermuten. Zum ersten Male manifestierte sich öffentlich die Einig-

keit der dem Generalstab treuen ALN-Fraktion mit den «Legalisten» Ben Bellas, als die Armee den GPRA-Staatsminister *Mohammed Khider* am 7. 7. eine Presseerklärung in der Mission abgeben ließ. Seine Attacken gegen Ben Khedda und Bourguiba fielen in rücksichtsloser Schärfe aus. Noch am 26. 6. hatte Ben Bella selbst an der Kabinettsitzung der GPRA teilgenommen, die über Maßnahmen gegen die «Subversion» und die «Dissidenz» in der Armee beriet. Khidder distanzierte sich davon durch seine Demission. Ben Bella ließ noch in Kairo lediglich verlauten, daß er sich mit der Entscheidung der GPRA gegen den Generalstab nicht solidarisch erklären könne.

Ben Kheddas Gegenwehr ist die Verzweiflungstat des Unterlegenen. Er schlug den französischen Truppen vor, noch über den Unabhängigkeitstag hinaus die Grenzen zu bewachen und «eigenmächtige Vorstöße» zu verhindern. Außerdem intervenierte er bei den Nachbarstaaten, die ALN-Einheiten — rund 13 000 Mann allein in Marokko, etwa 18 000 in Tunesien — an der vom Generalstab angeordneten Heimkehr zu verhindern. Im tunesischen Grenzgebiet, wo Boumedienne selbst die Rückführung leitete, kam es daraufhin tatsächlich zu Zwischenfällen. Botschaften wurden abgefangen, Straßensperren errichtet, die Telefonleitungen unterbrochen. Einzelne ALN-Soldaten wurden überrumpelt und regelrecht gefangen genommen. Wenn Ben Khedda nach verlorenem Ringen sich nicht scheute, derart in ein Bündnis mit Gegnern der Revolution umzuschwenken, so folgten ihm nicht einmal seine Anhänger.

Trotz dieser Konspiration mit dem Gegner ergab sich offensichtlich nicht einmal bei der Armee Einstimmigkeit, auch nicht in der Villa Rivaud in Tlemcen, Ben Bellas Hauptquartier. Während sich anfangs nur noch die autonome Zone Algier abseits zu halten schien, gestand der zum Pressefunktionär aufgestiegene *Boumendjel* zögernd die Spaltung des Wilayas III (Kabylien) ein. Um detailliertere Erkundigungen zu verhindern, wurde die hochgelegene Villa hermetisch abgeriegelt und die anwesenden Spitzenoffiziere regelrecht Schweige-

zwang unterworfen. Niemand wird solche Maßnahmen anprangern, wenn sie der Sache dienen, jedenfalls sind es keine Siegergesten. Das einzige, worauf man sich einigt, ist die Zusammenkunft des Rates der Wilayas.

Soweit *Volk* bisher in Erscheinung getreten ist, etwa beim Einzug Ben Bellas, verhielt es sich relativ passiv. Sein Jubel galt dem Märtyrer Ben Bella, einem der legendären neun Brüder der Revolution, kaum dem politischen Agitator. Das Stadion in Tlemcen begann sich am 13. 7. zu leeren, während Ben Bella noch sprach. Man hatte ihn gesehen. Für die Ausführungen seiner Parteigänger blieb nur mäßiges Interesse. Dies ist nicht verwunderlich, wenn man die allgemeine Phraseologie dieser Reden kennt. Der Streit ist dem Volk nicht vorgelegt worden. Nicht Verantwortung und eigener Entscheid, sondern Disziplin und Beifall sind ihm als vaterländisches Verhalten zuge-dacht. Selbst wo man in Führungsgremien das Wort Verantwortung benutzt, heißt dies zumeist nur ressortmäßige Zuständigkeit. Jeder ist der Organisation als Militanter eingefügt; aber die Würfel fallen anderswo, sehr weit oben. Die Strategie des Krieges brachte es mit sich, daß man kaum mehr als seinen unmittelbaren Vorgesetzten kannte. Der Terrorist erhielt selbst die Anweisung zum Töten ohne nähere Begründung außer: «ist konterrevolutionär», «wegen schlechter Arbeit» — mit «allen guten Wünschen fürs Gelingen». Ihm selbst stand keinerlei Beteiligung an der Entscheidung zu. Die Vollstreckung engagierte ihn nicht persönlich, weil auch die Order nicht an ihn als Mensch, sondern als ersetzbaren Militanten gerichtet war. Er funktionierte als reines Werkzeug der Geschichte.

Es wäre fast ein Frevel, diesem Volk gegenwärtig die Lösung des Konflikts aufzubürden. Der Streit muß in den bestehenden Führungsgremien des Innern ausgetragen werden, das heißt in der Armee. Es gibt vorerst keine zivile Alternative, sofern die Revolution ihrem Ursprung und ihren Fahmenträgern treu bleiben will. Die ALN aber scheint zu einer solchen Entscheidung nur schlecht geeignet. Am schwersten wiegt

dabei der Mangel einer unbestrittenen zentralen Führung. Zudem hat der jahrelange Maquis das Vertrauen des Militärs in die eigene Improvisierkraft und Zähigkeit auf Kosten von Planung und Präzision nur verstärkt. Durch die Struktur des Partisanenkampfes in einen *Regionalismus* gedrängt, in den sich leicht Personenkult einnistete, wurde die Armee erst 1959 zweigeteilt in die Kommandos Ost und West und einem Generalstab unterstellt. Die Koordination war dringlich. Die Autorität des Generalstabs, der zunächst wechselnd in den Außenbasen Tunesien und Marokko tagte, nahm von den Grenzen zum Landesinnern sehr spürbar ab.

Boumedienne, der als ehemaliger Chef des Wilaya V zweifellos in der Armee großes Ansehen genießt, ist für viele durch diese Generalstabsarbeit außerhalb des Landes selbst etwas zum «Außenfunktionär» und «Theoretiker» geworden — wie er es der GPRA in Tunis vorwarf. Die Wilayas stützten zwar mit Unterschriften und Vertrauenserklärungen seinen einjährigen Kampf in Memoranden gegen Ben Kheddas und seiner Mitspieler «Politik eigener Interessen, bourgeoiser Diplomatie und Selbstgefälligkeit», die selbst Versorgung und Ausrüstung der ALN dem persönlichen Machtspiel unterworfen habe. Das GPRA zwang den Generalstab sogar auf seine Protestdemission zurückzukommen, mit der er am 15. 7. 1961 auf eine Säuberung der Politik gedrungen hatte.

Erst das Auseinanderbrechen der militärischen Führung ermöglichte *Ben Bella*,

seinen Konflikt mit den CNRA-flüchtigen Ministern auszutragen. Er ist der Sieger. Damit scheint sich fast dasselbe wie auf dem früheren CNRA-Kongreß in Tripoli vom August 1961 zu wiederholen, als die Kampfansage des Generalstabes an das GPRA in der Nominierung eines neuen Ministerpräsidenten, nämlich Ben Kheddas, auslief. Der neue Sieger verspricht nicht umgänglicher für die ALN zu werden als der erste. Welche Zusagen er der Armee in seiner Notlage auch gegeben haben mag, er muß als Verfechter einer *nationalen Einheitspartei* zwangsläufig in Konkurrenz geraten zu den revolutionären Ansprüchen der Armee, die sich als Pionier der Agrarreform, des Wiederaufbaus, der Verwaltung und Volksbildung betrachtet.

Vielleicht aber ist ein solcher Gegenspieler gerade das, was die Armee braucht. *Abane Ramdane*, einer der Großen, den die eingene Revolution verschlang, wünscht in einem seiner letzten Artikel, Ignazius Loyolas Sterbewort aufnehmend, seinen Glaubensbrüdern die Gnade der Verfolgung. Solche Verfolgung kann neue Intrigen und Zerfleischung bedeuten, sie könnte aber die Armee auch zusammenschweißen und dazu bringen, einer Gewaltenteilung nicht nur zuzustimmen, sondern diese mit aller Macht zu erzwingen. Das hängt davon ab, ob die Armee die ihr abgeforderte Umstellung vom Heldentum zur Tagesordnung bewältigt und so aus dem Bund der Verschworenen in eine unüberschaubare vielschichtige Alltäglichkeit zurückfindet.

Heinrich von Nußbaum-Reblitz

DIE STELLUNGNAHME DER BRITISCHEN POLITISCHEN KREISE ZUR EWG

Nach der Unterbrechung der Brüsseler Verhandlungen zwischen den Vertretern Großbritanniens und der sechs Staaten der EWG ist die Beurteilung der Einstellung der politischen Kreise durch die diesbezüglichen Pressestimmen sehr erleichtert. Dies ist besonders wichtig mit Rücksicht auf den irreführenden Eindruck, den die von vier Millionen Abonnenten gelesene Presse Lord Beaverbrooks zu machen versucht, mit Hinweisen auf die angebliche Stärke der Opposition gegen den Beitritt Großbritanniens zur EWG. Es muß ja immer im Auge behalten werden, daß diese Presse keinerlei Einfluß hat auf die führenden Kreise der britischen politischen Parteien, welche in Commonwealth und EFTA keine genügende Alternative für Englands wirtschaftliche Bedrängnisse sehen.

Die maßgebende Zeitschrift «Economist» (4. 8. 1962) verlacht die Enttäuschung des Beaverbrookschen «Daily Express» über die Versuche der Gegner der EWG, das Parlament am letzten Tage vor den Sommerferien gegen die EWG zu mobilisieren. «Es war wohl ziemlich klar, daß auf beiden Seiten des Hauses der Wille für einen günstigen Ausgang der Verhandlungen vorherrschte. . . Sogar die Vertreter der landwirtschaftlichen Kreise unter den Konservativen machten vertraulich kein Hehl aus ihrer Überzeugung, daß die britischen Landwirte im neuen Europa gute Aussichten haben. . . und ihre Interessen nicht unbedingt identisch sind mit denen des Commonwealth. . . Auch war wenig zu sehen von dem angeblichen Anwachsen der Einwände der Labourpartei gegen den Beitritt. . . Zwar wurden die hundert Anhänger Mr. Blytons ziemlich laut (in ihrer Opposition), aber das verursachte bloß ein Manifest zugunsten der EWG, unterzeichnet von 80—90 Parteimitgliedern, unter der Führung Mr. Jenkins.» (Das ist doppelt so viel als die Anzahl der Gegner des Beitrittes zur EWG in der Konservativen Partei.) Der «Daily Herald», das Organ der Gewerkschaften und der Labourpartei (6. 8. 1962),

lobt den Lordsiegelbewahrer Heath für seine in Brüssel geleistete «gute Arbeit» und freut sich, daß sich nunmehr «Großbritanniens Eintritt in die EWG in greifbarer Nähe befindet. . . Die Öffentlichkeit sollte sich nicht irreführen lassen durch das propagandistische Geschrei der Gegner der EWG in der Beaverbrookpresse», die auch in dieser Frage mit dem kommunistischen «Daily Worker» Hand in Hand geht. Das Gewerkschaftsblatt sieht eher Schwierigkeiten zwischen Frankreich und Deutschland voraus, als zwischen Frankreich und Großbritannien. «Alle Beschuldigungen angeblicher Kapitulation und verratenen Interessen des Commonwealth sind heller Unsinn. Mr. Heath mußte wohl einiges zugestehen. Aber er hat auch viel gewonnen, vor allem in der Frage der Nahrungsmittelexporte der Commonwealthstaaten. . . » Das Blatt verlangt nun von der Regierung eine volle Aufklärung der öffentlichen Meinung über alles, was bisher in den Verhandlungen erreicht wurde und was noch erreicht werden soll. Der liberale «Guardian» (6. 8. 1962) ist ein wenig besorgt, daß die Unterbrechung der Brüsseler Verhandlungen den Gegnern der EWG zu viel Zeit für ihren Unfug lassen könnte, und vor allem die Vorbehalte der Ministerpräsidenten der Commonwealthstaaten auf ihrer am 10. September in London zusammentretenden Konferenz stärken könnte. «Doch keiner von ihnen hat soweit eine konstruktive Alternative vorgebracht. Wir können nun einmal nicht mehr so weiter gehen wie bisher. Die EWG-Zolltarife würden sich bald bei uns fühlbar machen. Andererseits könnte ein einiges Westeuropa ohne Großbritannien leicht in ein allzu deutsches Fahrwasser geraten.» Auf diese Gefahr macht auch der freisinnige «Observer» (5. 8. 1962) aufmerksam und meint, daß nur ein durch Großbritanniens Beitritt verstärktes Westeuropa machtvoll genug wäre, um die durch Rußlands Verhinderung einer Wiedervereinigung Deutschlands verursachte Spannung und die dadurch bedingte Infragestellung

der deutsch-polnischen Grenze für die Erhaltung des Friedens unschädlich zu machen. Die konservative «Sunday Times» bezeichnet ein Fehlschlagen der Brüsseler Verhandlungen als «beinahe undenkbar». Nach der Meinung des Blattes ist «der Wille, Großbritannien in die EWG zu bringen, im kontinentalen Europa und unter ihren Anhängern in britischen Regierungskreisen zu stark. . . Gerede einer Wahl zwischen EWG und Commonwealth ist ganz unrealistisch, da es an jeglicher alternativen Lösung mit politischer und wirtschaftlicher Einheit fehlt.» Der gleichen Meinung sind «Sunday Telegraph» und «Daily Telegraph», vor allem in der Unterstreichung der politischen Vorteile des Beitritts zur EWG vom Standpunkte der Solidarität und Macht der freien Welt im kalten Krieg mit den kommunistischen Mächten. Die Unterbrechung der Verhandlungen mag, so meint der «Daily Telegraph» (6. 8. 1962), der Regierung den Vorwurf ersparen, das Land «in Übereile in die EWG um jeden Preis zerren zu wollen», und beiden Seiten Zeit zum Nachdenken geben, vor allem den Franzosen, welche die Schwierigkeiten Großbritanniens «bisher am wenigsten verstehen». Aber der «Sunday Telegraph» (6. 8. 1962) zeigt auch das größte Verständnis für Frankreichs Schwierigkeiten. «Im Gegensatz zu England, wo es. . . seit dem 18. Jahrhundert kaum mehr Bauern gibt, sondern nur Gutsbesitzer, Pächter und Landarbeiter. . . ist Frankreichs Landwirtschaft durchaus bäuerlich und dabei infolge der natürlichen Fruchtbarkeit und der modernen Mechanisierung weitgehendster Überproduktion zuneigend.» Selbst Präsident de Gaulle muß die Forderungen seiner kleinen Landwirte nach sich lohnenden Absatzmärkten berücksichtigen. Das gleiche gilt mutatis mutandis für Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Fanfani gegenüber ihren kleinen Landwirten, die nichts mehr fürchten als die Konkurrenz der viel billigeren landwirtschaftlichen Produkte aus dem Commonwealth. Die maßgebende Presse aller großen politischen Richtungen ist also gegenüber der EWG durchaus positiv eingestellt.

Was die heute keinem Zweifel unterliegende Haltung der Regierung in dieser

Frage betrifft, so bin ich unter dem frischen Eindruck einer diesbezüglichen Erklärung des Außenministers Lord Home, anlässlich eines zu seinen Ehren von der Vereinigung der Auslandspresse gegebenen Frühstücks. Unser Platz ist heute in Europa — sagte Lord Home — und ich bin daran hauptsächlich aus politischen Gründen interessiert.» Natürlich «müssen wir die Bande mit dem Commonwealth wahren und loyal gegenüber unseren EFTA-Partnern vorgehen». Das, meinte der Minister, sei ebenso selbstverständlich als keineswegs ein Hindernis bedeutend. Die sentimentale Anhänglichkeit der Briten an das Commonwealth als den einzigen Rest des einstigen britischen Weltreiches ist ja ebenso verständlich wie in der Einschätzung der Bedeutung dieses Gebildes weit übertrieben. Nur die mit Großbritannien blutsverwandten Staaten Australien, Neuseeland und Kanada bekennen sich noch zu einer politischen Solidarität mit dem Mutterlande. Mit seinen EFTA-Partnern ist ja Großbritannien heute durchaus im reinen. Ministerpräsident Macmillan hat sein ganzes politisches Prestige auf das Spiel des Beitritts zur EWG gesetzt. Wie die meisten Blätter auch heute rundweg zugeben, muß Großbritannien heute den Fehler wieder gutmachen, seinerzeit dem Vertrage von Rom ferngeblieben zu sein. Ein Beitritt unter annehmbaren Bedingungen kann es Macmillan ermöglichen, entweder mit wiedererhobenem Haupte am Ruder zu bleiben, oder in Ehren in den verdienten Ruhestand zu treten. Vor den nicht vor Ende des nächsten Jahres erwarteten Neuwahlen zum Parlament wird ja dieses Problem bereits der Geschichte angehören. Darauf hofft auch der Führer der Labourpartei, Gaitskell, der, trotz seiner vorsichtig kühlen Einstellung zur EWG, der gegenüber seine Partei in zwei Hälften gespalten ist, privat kein Geheimnis macht aus seinem Widerwillen gegen ein Hineinziehen dieses Problems in den Wahlkampf. In Gewerkschaftskreisen, deren Stimmen auf dem Oktoberkongreß der Labourpartei ausschlaggebend sind, ist die Einstellung zur EWG viel positiver als in den Ortsgruppen der Partei, in denen linksradikale Demagogie und insulare Vorurteile überwiegen.

Die neue Macmillan-Regierung

Die letzte gründliche Umbildung des britischen Kabinetts hat auch mehr mit der EWG zu tun, als allgemein angenommen wurde. Diese «wahre Revolution unter den Konservativen» (wie sich «Christ und Welt» am 20. Juli ausdrückte) war allerdings zunächst ein entschlossener Versuch, die bei den letzten Ergänzungswahlen so siegreiche oppositionelle Flut zu dämmen. Die Sterilität der finanziellen Politik des Schatzkanzlers Selwyn Lloyd hatte den Verlust der Popularität der Regierung verursacht, nicht so sehr durch seine drastischen, aber notwendigen Verwehungen gegen übertriebene Lohnforderungen der Gewerkschaften, als durch die wegen der mechanischen Handhabung der «Lohnpause» bedingten Ungerechtigkeiten und Hemmungen der Expansionsfähigkeit der Industrie. Am schwersten betroffen waren unter anderm die äußerst populären Pflegerinnen, die Schullehrer und die Staatsbeamten, während die mehr streikbereiten Angestellten, wie Eisenbahner, Postbeamte und Elektrizitätsarbeiter Abweichungen von der $2\frac{1}{2}$ -%-Regel für Lohnerhöhungen erpressen konnten.

Die Ergebnisse des halben Dutzend Nachwahlen bewiesen ziemlich deutlich, daß die Wähler zwar mit der konservativen Regierung unzufrieden sind, jedoch durchaus nicht geneigt sind, für die sozialistische Labourpartei zu stimmen. Obschon die konservativen Stimmen halbiert wurden, waren die Gewinner durchaus nicht die Sozialisten, sondern die von beiden großen Parteien so gering geschätzten Liberalen. Wo ein Sozialist gewählt wurde, war dies bloß ein Minoritätserfolg, dank der Spaltung der Mehrheit zwischen Konservativen und Liberalen. Wie weit die Begeisterung der Liberalen für Großbritanniens Beitritt zur EWG dabei eine Rolle spielte, ist freilich schwer zu beurteilen. Jedenfalls sind die Meinungsunterschiede zwischen Konservativen und Liberalen vom Standpunkte der Linken so gering, daß der Labourführer Gaitskell die liberalen Erfolge als «Spaltung im Rechtslager» bezeichnete, zum großen Verdruß des Führers der Liberalen, Grimond, der seine Partei als

radikale Alternative für die Labourpartei betrachtet und eventuell eine liberal-sozialistische Koalition befürworten würde. Macmillan reagierte auf diese Schwenkung der Wählerschichten mit einem wahren Durchbruch der jüngeren Generation. Der längst überarbeitete Selwyn Lloyd mußte gehen und mit ihm weitere fünfzehn Minister und etwa zwanzig Staatssekretäre. Elf der neuen Minister und Unterstaatssekretäre haben ein Durchschnittsalter von 43 Jahren und fünf unter ihnen sind unter vierzig. Die Mehrzahl der neuen jüngeren Regierungsmitglieder gehören der sogenannten «Bow Group» der Partei an, deren neuzeitlich-fortschrittliche Ansichten von denen der Liberalen kaum zu unterscheiden sind, dagegen im Gegensatz zu den Ultrakonservativen der allzu traditionellen Rechten stehen. Zum Schatzkanzler wurde der bisherige Kolonialminister Reginald Maudling ernannt, ein vertrauter Freund des ebenso liberalen und neuzeitlichen offiziellen Parteiführers Macleod. Der hochintelligente und ebenso liberal denkende Innenminister Butler wurde stellvertretender Ministerpräsident und dadurch voraussichtlicher Nachfolger Macmillans. Der seit jeher begeisterte Europäer Thorneycroft, bisher Luftfahrtsminister, wurde zum Verteidigungsminister ernannt, mit der ausgesprochenen Absicht, die Streitkräfte Großbritanniens den Erfordernissen der Verteidigung Westeuropas anzupassen, sowohl im Sinne der diesbezüglichen amerikanischen Wünsche, als auch im Interesse einer innigeren Zusammenarbeit mit Frankreich und der Bundesrepublik Deutschland. Die Ministerien für Kolonien und für die Staaten des Commonwealth wurden unter Duncan Sandys vereinigt, dem ehemaligen Schwiegersohn Churchills und ausgesprochenen Anhänger der baldigen Unabhängigkeit der verbliebenen Kolonien — mit Ausnahme des von Weißen beherrschten Südrhodesiens. Brooke als neuer Innenminister und Boyle als Unterrichtsminister sind vielsprechende Größen an Stelle der rechtskonservativen Eccles und Hill. Von den ganz jungen Unterstaatssekretären ist der bestbekannte Chataway, ein gewesener höchst populärer Leichtathlet und Marathonläufer. Alle diese jünge-

ren Elemente sind überzeugte «Europäer» im Sinne des Beitrittes zur EWG.

Wie weit es Macmillan gelingen wird, mit seinen «Europäern» die antikonservative Welle zu stemmen und die Wähler zurückzugewinnen, muß abgewartet werden. Doch scheint es ihm bereits gelungen zu sein, die große Mehrheit seiner eigenen Partei von der Notwendigkeit dieser Verjüngung zu überzeugen und die anfänglichen Proteststimmen gegen die «rücksichtslose Abschlichtung» zum Schweigen zu bringen. Von den «Abgeschlachteten» hat Selwyn Lloyd allein seine Unzufriedenheit gezeigt, trotz der Versicherung, daß die Grundlinien seiner antiinflationären, währungsversichernden Marktwirtschaftspolitik aufrechterhalten bleiben würden. Die älteren Staatsmänner der konservativen Rechten, Lord Salisbury und Lord Avon (ehemals Sir Anthony Eden), haben sich seiner wärmstens angenommen und beinahe schien es, als ob sich eine Anti-Macmil-

lan-Opposition um ihn scharen würde. Dazu hat er aber gar nicht das Zeug. Auch erleichterten die Sozialisten Macmillan seine Aufgabe außerordentlich durch ihren Mißtrauensantrag im Parlament, wo die sofort solidarischen Konservativen mit Selwyn Lloyd an der Spitze dem Ministerpräsidenten zu einem Vertrauensvotum mit imposanter Mehrheit verhalfen. Dazu kommt eine wesentliche Besserung in der britischen Handelsbilanz, die jedoch, um wirklich die Wirtschaft sanieren zu können, den Abbau aller Importrestriktionen ermöglichen müßte. In dieser Beziehung wird jedoch sehr viel von der Haltung der Gewerkschaften abhängen, die bisher wenig Verständnis für die Notwendigkeit der Eindämmung der Lohninflation zeigten, welche die Exportmöglichkeiten der Industrie und dadurch den Wohlstand der Bevölkerung am meisten gefährdet. Eine Politik der starken Hand ist da unumgänglich.

Adam Romer

«FRIEDE — FREUNDSCHAFT» UNTER KOMMUNISTSICHER KONTROLLE

Das VIII. Weltjugendfestival in Helsinki

Vom 28. Juli bis 6. August fanden in Helsinki die «VIII. Weltfestspiele der Jugend und der Studenten für den Frieden und die Freundschaft» statt. Die ersten sechs Festivals wurden von den kommunistischen Veranstaltern hinter dem Eisernen Vorhang durchgeführt: 1947 in Prag, 1949 in Budapest, 1951 in Ostberlin, 1953 in Bukarest, 1955 in Warschau und 1957 in Moskau. 1959 wählte man mit der österreichischen Hauptstadt Wien zum ersten Male einen politisch neutralen Boden als Austragungsort. Obwohl den Organisatoren damals durch die passive, ja ablehnende Haltung der österreichischen Öffentlichkeit erhebliche Schwierigkeiten erwachsen, haben sie dieses Jahr die Jugend der ganzen Welt wiederum in ein neutrales Land einge-

laden. Dieses Vorgehen scheint im ersten Moment unlogisch, wird aber verständlich, wenn man die hinter dem Festival verborgene kommunistische Taktik analysiert.

Konzeption des Festivals

Die Organisatoren propagieren das Festival als ein unpolitisches Welttreffen der Jugend. Das in Helsinki während 10 Tagen abgerollte Programm, welches mehrere hundert Veranstaltungen umfaßte, wirkte dementsprechend auch unverfänglich. Sportliche Wettkämpfe, kulturelle Wettbewerbe, Tanz-, Ballett- und Theatervorführungen, Bälle, Modenschauen, Ausstellungen, verschiedene Semi-

nare usw. wurden durchgeführt. Um den Anstrich des Unpolitischen noch zu verstärken, entschieden sich die Kommunisten dieses Jahr für Helsinki, Hauptstadt des neutralen Finnland. Dem äußeren Schein zuliebe nahmen sie die zu erwartenden Schwierigkeiten mit dem unfreiwilligen Gastgeberland in Kauf. Unfreiwillig deshalb, weil die finnische Bevölkerung in ihrer Mehrheit von Anfang an die Durchführung des Festivals in Helsinki ablehnte, die finnische Regierung aber — wegen der durch den Staatsvertrag bedingten Abhängigkeit von den Machthabern im Kreml — zustimmen mußte, wollte sie keine Repressalien, vor allem wirtschaftlicher Natur, provozieren. Mit diesem unpolitischen, neutralen Vordergrund tarnten die Organisatoren den eindeutig politischen Zweck des Festivals, die unvoreingenommene Jugend, in erster Linie diejenige der Entwicklungsländer Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, für den Kommunismus oder mindestens als Sympathisanten zu gewinnen. Über die Einbeziehung des Weltjugendfestivals in die kommunistische Machtpolitik kann heute kein Zweifel mehr bestehen. Diese Tatsache ist so offensichtlich, daß sogar die in Warschau erscheinende Zeitung «Trybuna Ludu» am 28. Mai 1955 zugab: «Man sollte wissen, daß das Festival nicht nur zum Vergnügen und zur Unterhaltung geschaffen worden ist: Es ist zuerst ein politisches Ereignis, dem Weltbedeutung zukommt. Wir müssen der Jugend helfen, daß sie das enge Band zwischen ihrer eigenen Arbeit und dem Kampf ihrer revolutionären Genossen in der ganzen Welt verstehen lernt. Es ist notwendig, dem Feind in den kapitalistischen Ländern die Maske abzureißen. Es ist notwendig, der Jugend den eigentlichen Feind zu zeigen, sie das Hassen dieses Feindes zu lehren und sie mit der Methode des Kampfes gegen ihn vertraut zu machen.»

Das Festival ist also nichts anderes als eine der vielen Waffen, welche die Kommunisten im machtpolitischen Feldzug des kalten Krieges einsetzen. Eine Waffe, zwar spektakulär in ihrer äußeren Form, aber jederzeit durch wirkungsvollere ersetzbar. Vergleicht man die letzten drei Weltfestspiele der Jugend miteinander, so ist eine Akzentverschie-

bung in der Bedeutung des Festivals für den Osten sichtbar. 1957 beteiligten sich in Moskau rund 30 000 Jugendliche, während 1959 in Wien offiziell 17 000 genannt worden sind, die dem Festival beiwohnten. Laut offiziellen Angaben kamen dieses Jahr nur noch 13 000 Teilnehmer nach Helsinki. Diese Reduktion der Teilnehmerzahl ist darauf zurückzuführen, daß der Kreml seine finanzielle Unterstützung kürzte, dafür aber begann, neben dem Weltjugendfestival verschiedene kleinere internationale Jugendtreffen zu organisieren. Diese in der Teilnehmerzahl beschränkten Veranstaltungen erlauben es offenbar den Kommunisten, die Eingeladenen besser auszusuchen, mit ihnen näher in Kontakt zu kommen und sie in der Folge ideologisch leichter zu beeinflussen. Trotz der Akzentverschiebung in der Wichtigkeit darf nicht angenommen werden, daß der Osten inskünftig auf die Durchführung des Festivals verzichtet. Das Festival als ideologische Waffe in der Ost-West-Auseinandersetzung hat an Bedeutung verloren, ist aber immer noch wertvoll, denn der Gedanke des Weltjugendtreffens, verbunden mit einer billigen oder gar Gratisreise quer durch die Welt, zündet nach wie vor bei der Jugend. Das Festival hat aber nicht nur in seiner allgemeinen Wichtigkeit für den Osten eine Umwertung erfahren; auch seine Zweckbestimmung wurde geändert. An Stelle eines ideologischen Beeinflussungsmittels wurde es bereits in Wien und diesmal in Helsinki noch in vermehrtem Maße lediglich als politisches Fangnetz verwendet. Die kommunistischen Organisatoren und Funktionäre geben sich politisch nicht mehr so stur und mimten gelegentlich sogar politische Toleranz. Es kam ihnen in erster Linie darauf an, mit den sehr skeptischen Festivalteilnehmern (dies gilt vor allem für die Afrikaner, teilweise auch für die Asiaten) in gutem Einvernehmen zu bleiben. Die für eine ideologische Indoktrinierung geeigneten Leute wurden im Anschluß an das Festival zu Reisen in die Ostblockstaaten eingeladen. Dort wird sich genügend Gelegenheit bieten, mit der politischen Beeinflussung einzusetzen. Verschiedenen Vertretern aus Entwicklungsgebieten sollen auch bereits in Helsinki Stipendien für

das Studium an kommunistischen Hochschulen in Aussicht gestellt worden sein.

Die Teilnehmer

Von den rund 13 000 Teilnehmern kam ein Viertel aus kommunistischen Staaten, die Hälfte aus westlichen Ländern und das restliche Viertel aus den Entwicklungsländern Afrikas, Asiens und Lateinamerikas. Bei den Delegationen der Entwicklungsländer, denen — wie schon ausgeführt wurde — das Hauptinteresse der kommunistischen Veranstalter galt, ließen sich, auf Grund ihrer zahlenmäßigen Stärke, im Vergleich zu Wien interessante Feststellungen machen. Es zeigte sich, daß die Größe der einzelnen Delegationen weitgehend die weltpolitische Situation widerspiegelte. 1959 nahmen 161 Kubaner am Festival teil, in Helsinki waren es 425. Dagegen kamen 1959 680 Iraki nach Wien, während ihre Delegation in Helsinki nur 163 Mann stark war. Die Delegation der Vereinigten Arabischen Republik, deren Teilnahme Nasser 1959 kurzfristig untersagte, zählte diesmal 74 Leute. Dafür hat Nkrumah die Beteiligung einer ghanesischen Gruppe am Festival in Helsinki kurz vor deren Abflug aus Accra verboten, während 1959 39 Ghanesen ihr Land in Wien vertraten.

Die Zusammensetzung der einzelnen Länderdelegationen war sehr unterschiedlich. Die westlichen Delegationen bestanden in der Mehrzahl aus Angehörigen pazifistischer und kommunistischer Jugendorganisationen. Dagegen waren in den meisten Delegationen der Entwicklungsländer politisch verschieden ausgerichtete Jugendorganisationen vertreten. Teilweise wurden die Delegationen direkt von der Regierung zusammengestellt, wie beispielsweise die senegalesische, der sogar wichtige Regierungsbeamte angehörten. Im Gegensatz hierzu bestand die marokkanische Delegation nur aus Vertretern von Organisationen, die in Opposition zur Regierung stehen. In den politisch bunt zusammengesetzten Delegationen der Entwicklungsländer lag die Leitung meist in den Händen eines Kommunisten. Wo das nicht

der Fall war, versuchten die Organisatoren die nichtkommunistischen Delegationschefs während des Festivals auszuspüren oder die ganze Gruppe zu isolieren. Diese Taktik hatte unter anderem zur Folge, daß die Hälfte der ceylonesischen Delegation das Festival unter Protest verließ. Die Veranstalter wollten den nichtkommunistischen, aber von der ceylonesischen Ministerpräsidentin eingesetzten Delegationsleiter ausschalten und durch einen kommunistischen Ceylonesen ersetzen.

Die Gründe, welche die einzelnen Delegationsmitglieder zur Teilnahme am Festival bewegten, sind recht mannigfaltig. Die Teilnehmer ließen sich deshalb nur schwer definieren; dennoch konnten einige Gruppen unterschieden werden:

Ausgekochte Kommunisten, die im Auftrag oder mit einem politischen Sendungsbedürfnis nach Helsinki kamen. Zu dieser Gruppe sind nicht nur Angehörige der Ostblockländer und westlicher kommunistischer Organisationen zu zählen; auch zahlreiche Afrikaner, Asiaten und vor allem Lateinamerikaner müssen hier eingereiht werden.

Pazifisten, blinde Neutralisten und naive Friedensfanatiker, die den Frieden um jeden Preis, auch unter kommunistischer Macht, befürworteten. Diese Teilnehmer waren selbstverständlich nicht in den Ostblockdelegationen vertreten, dafür um so zahlreicher in den westeuropäischen und nordamerikanischen.

Politisch uninteressierte Jugendliche, welche die Gelegenheit wahrnahmen, eine billige Reise zu unternehmen und mit Gleichaltrigen aus der ganzen Welt zusammenzutreffen. Jugendliche also, die vom unverfälschten Gedanken eines Treffens der Jugend aller Länder fasziniert waren. Die kamen von überall, sogar aus den Ostblockländern, sofern sie ihre politische Zuverlässigkeit vorher genügend bewiesen hatten, um nach Helsinki fahren zu dürfen.

Politisch sehr interessierte Teilnehmer, die nach Helsinki reisten, um sich zu orientieren und um zu diskutieren. Sie waren meist weder Anhänger des Westens noch des Ostens, sondern standen politisch auf neutralistischem Boden. Sie unterschieden sich von den blinden Neutralisten dadurch, daß sie differenziert argumentierten. Sie standen

für den Neutralismus nicht des Neutralismus wegen ein, vielmehr sahen sie darin einen möglichen Weg — ohne sich allerdings definitiv festgelegt zu haben —, um ihre nationale Eigenständigkeit zu fördern und die in ihren Ländern hängigen Probleme ohne politische Beeinflussung von außen zu lösen. Dieser Gruppe gehörten in erster Linie Vertreter der afro-asiatischen Delegationen an; mit ihr in Kontakt zu treten lohnte sich. Auf diese Gruppe war auch die Tätigkeit des Schweizerischen Aktionskomitees «Wahret die Freiheit» ausgerichtet.

Junge Schweizerinnen und Schweizer suchten das Gespräch

Das Aktionskomitee «Wahret die Freiheit», dem 69 Schweizerinnen und Schweizer angehörten, darunter auch eine Gruppe von «Niemals vergessen», versuchte während des Festivals in Helsinki mit den Teilnehmern aus den Entwicklungsländern Verbindung aufzunehmen. Die für die Schweiz repräsentative Gruppe stand außerhalb des Festivals und distanzierte sich von der offiziellen 64köpfigen Schweizer Festivaldelegation unter kommunistischer Leitung. Die repräsentative, unabhängige Schweizer Gruppe, in der sämtliche politischen Richtungen, ausgenommen die kommunistische, vertreten waren, hatte in Helsinki ein Schweizer Zentrum eröffnet. Dieses umfaßte eine Ausstellung über die Schweiz in 76 Bild- und Schrifttafeln mit englischem, französischem und spanischem Text, einen Erfrischungsraum, in dem den Gästen neben Getränken auch schweizerische Spezialitäten wie Schokolade und Emmentaler serviert wurden, und einen großen Saal, in dem verschiedene Unterhaltungsprogramme wie Jazzkonzerte und Chorvorträge des bekannten Yale Russian Chors durchgeführt und offizielle Länderdelegationen des Festivals, darunter die marokkanische und die algerische, empfangen wurden. Nicht der Unterhaltung und der oberflächlichen Geselligkeit wegen kam die repräsentative Schweizer Gruppe nach Helsinki, sondern um mit den Festivalteilnehmern der Entwicklungsgebiete ernsthaft zu

diskutieren und die kommunistischen Zerrbilder über den Westen zu korrigieren. Die jungen Schweizerinnen und Schweizer beabsichtigten nicht, die nach Helsinki gekommenen Kommunisten zu bekehren. Sie wollten mit jenen Festivalteilnehmern Kontakt aufnehmen, die das offene Gespräch, unter Vermeidung der polemischen Schlagwörter wie Imperialismus und Kolonialismus, suchten und die freie, ungelenkte Diskussion wünschten. Rund 1000 Kontakte konnten hergestellt werden, davon führten etwa 400 zu längeren Gesprächen. Die 400 intensiven Kontakte verteilten sich auf über 50 Entwicklungsländer; die zahlenmäßig stärksten Verbindungen entstanden mit den Delegationen aus Indien (von 214 Teilnehmern wurden mit rund 50 Gespräche geführt), Senegal (124/40), Marokko (106/25) und dem Sudan (85/20). Die Diskussionsthemen berührten alle Gebiete, die aufgeschlossene junge Menschen interessieren. Dennoch stachen einige Problemkreise hervor, weil sie sehr häufig diskutiert wurden. Die Gesprächspartner der Entwicklungsländer legten besonderen Wert auf die Darlegung und Begründung des Neutralismus. In diesem Zusammenhang interessierten sie sich auch sehr für die theoretischen und praktischen Unterscheidungen von Neutralismus und Neutralität. Dabei gaben sie oft zu verstehen, daß sie in der Neutralität eine Weiterentwicklung des Neutralismus sehen, die aber nur über die politische und vor allem wirtschaftliche Konsolidierung eines Landes erreicht werden könne. Auch die Frage nach der Zweckmäßigkeit des Mehrparteiensystems stand häufig zur Diskussion. Verschiedentlich bezeichneten afrikanische Gesprächspartner das Mehrparteiensystem als einen Luxus, den sich ihre jungen Staaten nicht leisten könnten. Die Dringlichkeit des nationalen Aufbaus bedinge den geschlossenen Einsatz aller Kräfte, wobei man allfällige Fehlleistungen in Kauf nehmen müsse. In den gleichen Fragenkomplex gehörte die Diskussion über die Einschränkung der Pressefreiheit. Diese sei notwendig, um die Einheit nach innen und außen zu dokumentieren.

Interessanterweise wurde eher selten über den Kommunismus gesprochen. Geschah es

doch, verrieten die Gesprächspartner oft eine gewisse Skepsis gegenüber der kommunistischen Ideologie, ohne diese aber eindeutig abzulehnen. Das hätte ja auch ihrer neutralistischen Grundhaltung widersprochen. Hingegen scheuten sie sich nicht, die hinter dem als politisch neutral getarnten Festival sichtbar gewordenen kommunistischen Machenschaften offen zu nennen und zu verurteilen. Besonders stoßend empfanden sie es, daß die Diskussion in den Seminarien nicht frei war, und meist nur prokommunistische Votanten zu Wort kamen. Dieser zuletzt genannte Punkt wirft erneut, wie schon 1959 in Wien, die Frage auf, soll man die Kommunisten weiterhin die gute Idee eines neutralen Welttreffens der Jugend für ihre politischen Ziele mißbrauchen lassen?

Was nun?

Zahlreiche Festivalteilnehmer in Helsinki, viele davon aus Entwicklungsländern, und die meisten nicht-kommunistischen Grup-

pen, die außerhalb des Festivals standen, waren sich einig darüber, daß der Mißbrauch des Festivalgedankens für politische Ziele verhindert werden sollte. Nicht einig war man hingegen über das weitere Vorgehen. Die einen sprachen sich für ein Gegenfestival aus, organisiert vom Westen; andere wünschten, daß die neutralistischen Länder Afrikas oder Asiens das Festival organisieren sollten; eine dritte Gruppe wollte das Festival unter die Schirmherrschaft einer internationalen Organisation wie UNO oder UNESCO stellen. Dieser Vorschlag scheint recht vernünftig, sofern die Kommunisten einwilligen und die westlichen wie auch die neutralistischen Länder zur tatkräftigen Mitarbeit an der Organisation und Durchführung bereit sind. Ferner müßten vor allem die westlichen Staaten gewillt sein, rund die Hälfte der Kosten in der Größenordnung von 10 Millionen Fr. zu übernehmen, denn wer bezahlt, hat stets ein legitimes Mitspracherecht. Es bleibt abzuwarten, was in den nächsten Monaten geschieht.

Walter Renschler

EIDGENÖSSISCHE SELBSTBEHAUPTUNG

XI. Sommertagung der Vereinigung für freies Unternehmertum

Unter der Leitung von *H. G. Stokar* führte die Vereinigung für freies Unternehmertum auf dem Seelisberg ihre traditionelle Sommertagung durch, die dieses Jahr der Besinnung auf eine grundsätzliche schweizerische Haltung gegenüber den europäischen Einigungs-Strömungen gewidmet war.

Wir dürfen nicht einfach vom Wort «neutral» in dessen Bedeutung als «keines von beidem» ausgehen, wenn wir das Wesen der schweizerischen Neutralität erkennen wollen, so leitete *Dr. Kurt Brotbeck* sein Referat über *Die Neutralität als Beitrag zu Europa* ein, wir müssen dieses Wesen vielmehr aus der Entstehung und der Geschichte der Eidgenossenschaft heraus begreifen. Die

Eidgenossen gründeten ihren Bund nicht, um sich abzusondern, ihr Wille war durchaus, dem «Reich», als der Weltfriedensordnung, Treue zu halten. Das Neue, Revolutionäre war aber der Gedanke, diese Friedensordnung solle nicht mehr von oben nach unten durchgesetzt, von Fürsten und Grafen garantiert werden, es sei vielmehr der einzelne Mensch zum Träger des Rechts und der Verantwortung aufgerufen. Männer wie Niklaus von der Flüe und Zwingli erkannten, daß eine solche Gemeinschaft mündiger Menschen nur in einem menschlich überschaubaren Raum und unter Verzicht auf Machtpolitik gedeihen könne. Diese Idee und nicht der Katzenjammer über zerflogene

Machtträume bildet die Wurzel der schweizerischen Neutralität. Auch heute ist die freiwillig gewählte und nicht etwa auferlegte, bewaffnete schweizerische Neutralität nicht ein Selbstzweck, sondern das Mittel, das uns die Verwirklichung der echten Demokratie ermöglicht, wo dem Einzelmenschen der Vorrang vor irgendeiner Staatsraison gebührt. Wenn wir unsere Aufgabe, die Bildung einer wirklichen demokratischen Gemeinschaft, erfüllen, dann leisten wir einen echten Beitrag zu einem neuen und besseren Europa.

Wird es aber unser Schicksal sein, trotzdem unter dem Druck wirtschaftlicher Schwierigkeiten unsere Eigenständigkeit preisgeben zu müssen oder aber «in Schönheit zu sterben»? Dr. *Christian Gasser* zeichnete als Antwort auf diese Frage das Bild einer *schweizerischen Wirtschaft, die Zukunft hat*. Allerdings werden wir diese Zukunft nur bewältigen, wenn wir nicht einfach «weiterwursteln», sondern unsere großen Aufgaben — etwa den Gewässerschutz oder die Landes- und Ortsplanung — großzügig gestaltend in Angriff nehmen. Wir müssen uns unserer Stärken bewußt werden, um daraus die Konzeption der typisch schweizerischen Zukunfts-Wirtschaft zu erarbeiten. Dr. *Gasser* erinnerte hier an die 4-Punkte-Definition des «typisch schweizerischen Produktes», die vom Delegierten für Arbeitsbeschaffung aufgestellt wurde. Diese Zukunfts-Wirtschaft erfordert eine verbesserte Nachwuchspflege, eine ganz neue Wertschätzung des Lehramtes und eine Ausbreitung des Gedankens des Arbeitsfriedens. Auch das Problem der Fremdarbeiter — deren Behandlung wir uns nicht durchwegs rühmen dürfen — muß einer Lösung entgegengebracht werden.

Die Beziehungspunkte zum neuen Europa müssen wir in dessen geistigen Werten suchen. Deshalb sind wir verpflichtet, eine Form der Eingliederung zu suchen, ohne jene unserer Errungenschaften preiszugeben, die solche Werte darstellen, beispielsweise etwa die freiwillige, auf Treu und Glauben beruhende Verbindung zwischen Unternehmern und Arbeitern im bekannten Friedensabkommen. Wird uns eine solche, unsere Eigenart wahrende Eingliederung nicht zu-

erkannt, dann müssen wir der EWG ein ruhiges Nein entgegenstellen. Aber so oder so werden wir kühne Entschlüsse fassen müssen, in langfristiger Planung. Wir haben eine Zukunft, aber wir selbst müssen sie gestalten.

Oskar Reck beleuchtete in seinem Referat *Geistige Abwehr — aber wie?* ein anderes Problem der schweizerischen Selbstbehauptung, das Ringen mit dem Kommunismus. Der Kommunismus hat sich dem Konzept des globalen Angriffes auf allen Lebensgebieten verschrieben. Wir dürfen uns demgegenüber nicht einfach defensiv verhalten, «antikommunistisch» sein. Die Devise «Abwehr» ist deshalb vielleicht nicht ganz richtig gewählt. Wohl ist es unsere Aufgabe, das Wesen des Kommunismus besser zu erkennen. Davon unabhängig aber müssen wir die Konzeption einer freiheitlichen Welt erarbeiten, die in sich selbst stärker ist. Hilfsmittel dazu sind eine wirkliche Information — der Referent warnte eindringlich vor der Gefahr der Aushöhlung des Informationsbedürfnisses durch die Sensationspresse —, das Verständnis für echte Kritik, die Pflege enger Kontakte speziell über die Sprachgrenzen hinaus und generell die Bekämpfung der Indifferenz auf allen Lebensgebieten.

Dr. *Carl Oechslin* zeigte in seinem abschließenden Vortrag über *Die Eidgenossenschaft, Keim humaner Lebensgestaltung* noch einmal die wahren Gründungsimpulse des Rütlibundes auf. Die Entstehung der Eidgenossenschaft läßt sich nicht einfach aus gemeinsamen politischen oder wirtschaftlichen Interessen heraus erklären. Wesentlich ist vielmehr der Wille, eine Gemeinschaft mündiger, gleichgestellter Menschen zu formen auf der Basis von Treu und Glauben, wie dies in kraftvoll einfacher Form im alten Bundesbrief zum Ausdruck kommt. Aus dieser Gemeinschaft erwuchs jener neutrale Kleinstaat, der, nach J. Burckhardt, ein Hort sein soll, wo eine größtmögliche Anzahl von Bürgern wirkliche Menschen sein können. Dieser Kleinstaat hat die Verpflichtung, eine moralische Macht zu sein, die Aufgabe — nach der Formulierung von Altbundesrat Petitpierre — die Machtbeziehungen zwischen Völkern und Menschen in Rechts-

beziehungen umzuwandeln. Seinen Bürgern liegt es ob, im nüchternen Alltag die Anständigkeit und Friedfertigkeit, das heißt eine wirkliche Politik der demokratischen Gemeinschaft zu pflegen.

Unsere Verpflichtung ist eine wahrhaft europäische: wir haben die Freiheit im Sinne eines sozial-schöpferischen Ideals zu verwirklichen, die Freiheit, die nicht einer «liberté», einer Freiheit von... gleichkommt, sondern in ihrer Tiefe mit der Verantwortung identisch ist. Wir haben den Staat als eine subsidiäre Größe zu sehen, der seine Wirksamkeit auf den Schutz des Rechts beschränkt. Dies setzt voraus, daß wir wieder lernen, wo die wahren Ordnungskräfte der Wirtschaft sich entwickeln müssen: im einzelnen Menschen. Und wir müssen uns unsere Weltoffenheit bewahren, müssen auch gute Europäer sein, solange dieser Name ein Siegel ist für Menschenwürde, für wahre Humanität.

Der schweizerische Lebensraum hat seine speziellen Gestaltungskräfte. Er birgt in sich die Potenz zur Begegnung, zur Verständigung zwischen anderswo unvereinbaren Ge-

gensätzen. Deshalb finden wir in unserer Geschichte immer wieder Kräfte für einen Brückenschlag, nicht im Sinne eines weichen Kompromisses, sondern in der Besinnung auf ein über den Gegensätzen Stehendes, wie es etwa im Stanser Verkommnis deutlich wird. Eine echte Begegnung kann nur stattfinden zwischen Persönlichkeiten. Unsere Aufgabe ist es deshalb, die Ich-Kräfte zu stärken. Aus der Kraft des Individuums heraus entspringt die Achtung vor der Minderheit.

Wir dürfen nicht in den Fehler verfallen, uns in unserer Geschichte zu sonnen, als fertige Tatsachen hinzunehmen, was uns von unseren Vätern in Keimform überliefert wurde. Wir haben vielmehr diese Keime der Vollendung näher zu bringen, die speziellen Gestaltungskräfte fruchtbar werden zu lassen. Dies ist die Aufgabe, zu der wir aufgerufen sind, die uns aber auch zur Eigenständigkeit verpflichtet. Damit dienen wir der Entwicklung der Menschheit und erwerben uns das Recht, vertrauensvoll in die Zukunft zu blicken.

Walter Rapold